

Nuklearkatastrophen

und Auslandes, verbunden mit deren erhaltenen Lufttransportkapazitäten, sehr wohl imstande sein, einem großen Teil derjenigen zu helfen, denen noch zu helfen ist. Wenn aber die Mediziner der nicht getroffenen Regionen den Betroffenen ihre ärztliche Hilfe versagen müssen, weil sie aus Resignation oder aus demonstrativen Gründen auf Hilfeleistungen bei derartigen Katastrophen nicht vorbereitet sind, dann wäre in der Tat ein großer Teil dieser sonst noch rettbareren Menschen verloren. Ich meine, der Artikel des Kollegen Dohmen sollte für keinen Arzt als Anlaß gelten, sich aus Resignation oder aus demonstrativen Gründen der hippokratischen Verpflichtung zu entziehen, sich auf medizinische Hilfeleistung bei jeder Art von Katastrophenfall vorzubereiten.

Dr. med. Gerhard Kloss
Liederbachstraße 14
6233 Kelkheim (Taunus)

Freude und Dank

Ich freue mich und bedanke mich dafür, daß dieser gute Artikel in unserem Ärzteblatt veröffentlicht wurde. Das DEUTSCHE ÄRZTEBLATT wird auf die Dauer nämlich nicht an der wachsenden Zahl von Ärzten und Ärztinnen vorbeikommen, die sich in vielfältiger Form organisieren, so auch in der Ärzteiniziativa gegen Atomkrieg, so auch in der IPPNW.

Dr. med. H. Richter-Peill
Tangstedter Landstraße 77
2000 Hamburg 62

Verschleierung

Es ist erfreulich, daß im DEUTSCHEN ÄRZTEBLATT die Probleme der medizinischen Versorgung bei nuklearen Katastrophen so offen angesprochen werden. Die nüchterne Darstellung zeigt m. E., daß die geplanten Fortbildungsmaßnahmen in Katastrophenmedizin für die gesamte Ärzteschaft

nur geeignet sind, unsere ärztliche Ohnmacht zu verschleiern und möglicherweise bei der Bevölkerung ein falsches Gefühl der Sicherheit und Beherrschbarkeit des Atomkrieges bewirken könnten.

Dr. med. Klaus Engels
Dürrbachstraße 6
7500 Karlsruhe 41

Akt humanitärer Hilfe

Sein eingangs gegebenes Versprechen, unpolitisch eine Übersicht über die hier noch zu lösenden Probleme zu geben, hat der Autor nicht gehalten. Vielmehr hat er über mehrere Seiten ausschließlich die unlösbaren Probleme dargestellt und damit, sehr wahrscheinlich aus politischen Motiven, von den Aufgaben abgelenkt, die die Ärzte in einem möglichen Atomkrieg zu erfüllen haben, nämlich die ärztliche Hilfe bei direkten und indirekten Verletzungen durch die Druckwelle (z. B. Splitterverletzungen) und vor allem durch die Hitzewelle einer Atomdetonation. Strahlenschäden werden für das Überleben der Zivilbevölkerung dagegen nur selten zum limitierenden Faktor, da für alle strategischen und auch für die meisten taktischen Atomwaffen die Luftdetonation in der sogenannten optimalen Höhe vorgesehen ist.

Die Wahrscheinlichkeit einer Boddetonation aus bestimmten taktischen Gründen (Punkttreffer) oder eines Kernkraftwerkunfalles (GAU) tritt dagegen weit in den Hintergrund. Bei der Luftdetonation kommt es zu keinem radioaktiven Niederschlag, es tritt dabei nur die etwa eine Minute anhaltende Kernanfangsstrahlung auf, die ausschließlich innerhalb des Totalzerstörungsradius gefährlich wird (1,5 km bei der Hiroshimabombe bzw. 7 km bei einer modernen Zwei-Mt-Bombe), wo ein Überleben wegen der Druck- und Hitzewelle ohne Schutzraum ohnehin unwahrscheinlich ist. Das

nach einer Luftdetonation medizinisch zu versorgende Gebiet der subtotalen Zerstörung liegt ringförmig um das Gebiet der totalen Zerstörung und ist an Fläche dreimal so groß wie dieses. Hierfür ist eine Weiterbildung [gemeint ist wohl: Fortbildung – Red.] der Ärzte in Katastrophenmedizin und der Zivilbevölkerung im Selbstschutz notwendig, was einen Akt humanitärer Hilfe darstellt (und dazu gehört eben auch die Vorbereitung auf diese) und nichts mit mangelndem Friedenswillen zu tun hat . . .

Dr. med. Peter Lechtken jun.
Lehrer im Bundesverband für den Selbstschutz (BVS)
Ludwigsstraße 54 c
6700 Ludwigshafen

Höchst fragwürdig

Nach Lektüre des . . . Aufsatzes erscheint es mir höchst fragwürdig, daß breite Teile der Ärzteschaft sich in Katastrophenmedizin fortbilden sollen – und dies sogar unter Zwang bei Androhung von Geldstrafen bis 10 000 DM, wie in Rheinland-Pfalz schon vorgesehen. Denn was nützt das Wissen, wenn es gar keine ausreichenden Behandlungsmöglichkeiten gibt? Lernen wir lieber, uns vor Politikern zu schützen, die die ganze Menschheit mit Hochrüstung bedrohen. Davon abgesehen wären die Gelder für „katastrophenmedizinische Fortbildung“ nutzvoller für die zivile Notfallmedizin zu verwenden.

Für den Fall eines atomaren Unfalls in einem Kraftwerk können ja die Stromkonzerne eine speziell geschulte mobile Einsatzgruppe einrichten. Dazu braucht man nicht alle deutschen Ärzte, denn selbst als Gegner der Atomenergie gehe ich nicht davon aus, daß in allen Atomkraftwerken gleichzeitig ein Unfall passiert.

Brun Witkowski
Arzt
Karlstraße 79
7800 Freiburg ▷